

2. November 2016

URTEIL ZUR MEDIKAMENTENPREISBINDUNG

Prignitzer Apotheken droht das Aus

Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Medikamentenpreisbindung trifft hiesige Häuser hart

Der Bad Wilsnacker Apotheker Christian Richter blickt pessimistisch in die Zukunft. Grund ist das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Medikamentenpreisbindung.

Die Juristen haben entschieden, dass diese bei verschreibungspflichtigen Medikamenten unzulässig ist. Einheitliche Abgabepreise würden den freien Warenverkehr in der EU beschränken, heißt es in dem Urteil. Folge: Die Preisbindung ist für Versandapotheken aus dem EU-Ausland nicht mehr gültig, für deutsche Apotheken allerdings schon.

Darin liegt das Problem. „Die Menschen achten natürlich aufs Geld und kaufen auch bei den Medikamenten dort, wo es am billigsten ist“, weiß Christian Richter. Er befürchtet, dass die Krankenkassen und Patientenverbände ihren Mitgliedern nun raten, im Internet zu kaufen. So gilt in den Niederlanden zum Beispiel ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz von sechs Prozent bei Medikamenten, in Deutschland sind es die bekannten 19. Die deutschen Apotheker können beim Preiskampf nicht mithalten. „Wenn die Politik nicht gegensteuert, werden wir in ein bis zwei Jahren schließen müssen“, bringt Richter es auf den Punkt. Er erläutert die Argumentation des Gerichts. „Es sagt, dass eine Apotheke durch das direkte Gespräch mit dem Kunden einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den Online-Händlern hat. Die könnten nur über den Preis konkurrenzfähig sein. Deswegen wurde die Preisbindung für ausländische Unternehmen gekippt.“ Aber: Für ein Beratungsgespräch bekommt der Apotheker kein Geld. Es ist eine Serviceleistung. „Die Folge ist, dass die Leute sich bei uns Informationen holen und dann im Internet kaufen“, befürchtet Jens Groschinski, Inhaber der Prignitz-Apotheke in Perleberg und Sprecher der Apotheker im Landkreis. Er vermutet, die Online-Händler wollen sich die Rosinen unter den Kunden herauspicken, also die, die regelmäßig auf Medikamente angewiesen sind. „Aber wir sollen die Akutversorgung weiter übernehmen“, so Groschinski. Er sieht es ähnlich wie sein Kollege Christian Richter. „Wenn nichts von Seiten der Politik unternommen wird, gehen die Land-Apotheken zwangsläufig ein. Das gilt auch für mich in Perleberg.“ Denn über das Nebensortiment kann der Einnahmenrückgang nicht aufgefangen werden. „80 Prozent des Umsatzes machen wir mit den Medikamenten.“ Bei der Preisgestaltung bleibt den Häusern kaum Spielraum. Ihr Honorar liegt zwischen 6,20 und 6,30 Euro pro Packung – egal, ob diese zwei oder zweihundert Euro kostet.

Das Leistungsangebot der Apotheken geht aber über ein Kundengespräch hinaus. „Wir mischen auch Salben oder Tropfen an. Das leistet das Internet nicht. Ganz abgesehen vom Notdienst und der Hautberatung“, zählt Andrea Teschner von der Apotheke in Karstädt auf. Durch Rückversicherungen bei den Ärzten würden des Öfteren auch unerwünschte

Wechselwirkungen von Medikamenten vermieden. „Das leistet ein Online-Handel nicht.“ Dass den Apotheken zwangsläufig die Schließung droht, ist für Eileen Timm, Inhaberin der Wald-Apotheke in Glöwen, kein Pessimismus, sondern Realismus. In der Preisbindung sieht sie einen Schutz für die Patienten, „denn es werden starke Preisschwankungen verhindert“. Sie hebt die strengen Kontrollen hervor, denen die Apotheken unterliegen. „Was da im Internet bestellt und tatsächlich geliefert wird, kann doch der Kunde gar nicht nachprüfen.“ Eileen Timm hält den Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU), das Versandverbot für rezeptpflichtige Medikamente wieder einzuführen, für eine sinnvolle Reaktion auf das Urteil. Jedoch steckt der Plan noch in den Kinderschuhen.

Autor: Reik Anton